

Im Folgenden finden Sie den Inhalt eines Briefes der SPD-Abgeordneten Stein und Lühmann, in dem die Position der SPD detailliert dargestellt ist:

*Vielen Dank für Ihre E-Mail zum Entschließungsantrag von SPD und CDU/CSU für zusätzliche, übergesetzliche Maßnahmen entlang der Schienenanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung.*

*Sie haben Informationen erhalten, beantragte Mittel von 595 Mio. Euro seien nur zu 39% bewilligt worden, beim Lärmschutz sei „massiv zusammengestrichen“ worden und auch eine Gesamtlärbetrachtung sei komplett gestrichen.*

*Diese Informationen sind allerdings falsch. Vorab zusammenfassend: Das Dialogforum hat keine Mittel beantragt, da es keinen rechtlichen Anspruch gibt. Das Dialogforum hat fünf Kernforderungen aufgestellt. Die DB AG hat diese Maßnahmen bezüglich Wirksamkeit und Kosten bewertet.*

*Lassen Sie uns im Folgenden detailliert Stellung nehmen zu den einzelnen Forderungen des Dialogforums und zum parlamentarischen Prozess mit dem Antrag als Ergebnis.*

*Die im Dialogforum in einem vorbildhaften Prozess strukturierter Bürgerbeteiligung aufgestellten Kernforderungen sind für uns als SPD-Bundestagsfraktion maßgebend für die Erarbeitung eines Antrags im Deutschen Bundestag gewesen. Es gab aber zu keinem Zeitpunkt eine Vereinbarung oder eine Zusage dafür, dass diese Forderungen vom Parlament ungeprüft eins zu eins umgesetzt werden.*

*Unser Anspruch als Parlamentarier, Gesetzentwürfe, Vorlagen und Stellungnahmen nicht nur „abzunicken“, sondern uns dazu eine eigenständige Meinung zu bilden, gilt natürlich auch für die Kernforderungen des Dialogforums.*

*Dass es uns gelungen ist, mit der Unionsfraktion einen Kompromiss zu finden, der über 230 Millionen Euro zusätzlich vorsieht – mehr als 150 Millionen Euro davon für Lärm- und Erschütterungsschutz – ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein hart erarbeiteter Erfolg. Das sieht übrigens auch der Leiter des Dialogforums Dr. Christoph Jessen so, der den Antrag als „Krönung der gemeinsamen Arbeit im Dialogforum“ beschreibt.*

*Die Kernforderungen des Dialogforums summieren sich auf 372,2 Mio. Euro. Später kam die Kernforderung zur Fehmarnsundquerung hinzu, die durch die Planung mit dem Absenktunnel und zusätzlichen 5 Mio. Euro für Lärmschutz erfüllt wird. Eine Forderung des Dialogforums in Höhe von 595 Mio. Euro ist uns nicht bekannt. Einzelforderungen, die nicht im Beteiligungsprozess des Dialogforums beschlossen wurden, sind in den Antrag zu übergesetzlichen Maßnahmen nicht eingeflossen. Dies wurde im für übergesetzliche Maßnahmen grundlegenden Bundestagsantrag „Menschen- und umweltgerechte Realisierung europäischer Schienennetze“ (BT-Drs.: 18/7365), den der Deutsche Bundestag im Januar 2016 einstimmig beschlossen hat, klar festgelegt.*

Obwohl also die Forderung nach einem 7-Meter-Trog in Bad Schwartau nicht Teil der Kernforderungen des Dialogforums war, haben wir als SPD-Bundestagsfraktion seit September Gespräche mit der Stadt Bad Schwartau und der Deutschen Bahn geführt, in der Hoffnung, einen Kompromiss zu finden. Weil sich die Kostenansätze der Bahn (290 Mio. Euro) und der Stadt (90 Mio. Euro) auf politischer Ebene nicht auflösen ließen, haben wir die jeweiligen Gutachter zu einem fachlichen Austausch gebeten. Im Ergebnis liegt die Kostendifferenz darin, dass die Stadt Bad Schwartau ihren Gutachter beauftragt hatte, lediglich die Kosten für das Bauwerk selbst zu untersuchen, nicht aber die weiteren durch ein solches Trogbauwerk anfallenden Kosten. Somit liegen die tatsächlichen Kosten für den von Bad Schwartau geforderten Trog sehr nahe an den 290 Mio. Euro der Bahn. Diese Summe allein hätte das Nutzen-Kosten-Verhältnis (NKV) der Schienenhinterlandanbindung auf unter 1 gesenkt, so dass das Projekt als unwirtschaftlich gewertet worden wäre. In diesem Falle wäre ein förmliches Gesetz des Deutschen Bundestages möglich gewesen, das aber aus unserer Sicht weder die benötigte Mehrheit erhalten hätte noch verhältnismäßig gewesen wäre. Durch den 7-Meter-Trog würden zwar einige Schutzfälle zusätzlich gelöst werden, jedoch nicht alle.

Zudem hätte dessen Realisierung – dazu haben wir ausführliche Fachexpertisen eingeholt – zwangsläufig eine lange Vollsperrung der Schienenverbindung Lübeck – Kiel zur Folge gehabt. Das war für uns nicht akzeptabel. Als Ostholsteinerin werden Sie wissen, wie ausgelastet die Straßenverbindung nach Lübeck ist. Die gleiche Strecke hätte also mit Schienenersatzverkehr enorm viel zusätzliche Zeit gekostet. Und das hätte nicht nur Touristen und Tagesausflügler, sondern auch viele Pendler betroffen. Als SPD-Bundestagsfraktion wollen wir aber aus Klimaschutzgründen, dass der Umstieg vom Pkw auf den Zug attraktiver wird. Durch die Vollsperrung wäre ein gegenteiliger Effekt eingetreten. Das Land Schleswig-Holstein hat sehr deutlich gemacht, dass es eine solch lange Sperrung nicht gestattet hätte.

Es gibt Behauptungen, wonach der Vollschutz von 170 auf 100 Mio. Euro zusammengestrichen werden würde. Das ist so nicht richtig. Das Dialogforum selbst hat für den Vollschutz in seiner Kernforderung 1.2 95,8 Mio. Euro angesetzt, für die Kernforderung 1.3 (niedrigere Immissionsgrenzwerte) 167,5 Mio. Euro. Weil zwischen Vollschutz und niedrigeren Immissionsgrenzwerten sehr starke Wechselwirkungen bestehen, reicht der Mittelansatz aus, um nahezu alle Forderungen zu erfüllen. Daher hat sich die Koalition auf die Kernforderung 1.2 verständigt und zusätzlich für drei Campingplätze, die nicht vom Vollschutz allein profitiert hätten, Mittel für zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen bereitgestellt, so dass hier insgesamt 100 Mio. Euro stehen. Hier wird also nicht beim Schutz vor Lärm gespart.

Auch die Kernforderung 1.1 des Dialogforums – die Gesamtlärbetrachtung – ist in unserem Antrag enthalten. Nur die Summe von 50 Mio. Euro nicht – aus gutem Grund: Es gibt zwar vielversprechende Ansätze, wie eine Gesamtlärbetrachtung funktionieren könnte. Ein fertiges methodisch und rechtlich abgesichertes Konzept, das bspw. auch die Kostenteilung zwischen Schiene und Straße, Zuständigkeiten, usw. regelt, gibt es aber nicht. Das haben wir uns sowohl vom Bundesverkehrsministerium als auch vom Bundesumweltministerium, das die Einführung der Gesamtlärbetrachtung mit Nachdruck forciert, bestätigen lassen.

*Als SPD-Bundestagsfraktion wollen wir, dass das Versprechen im Koalitionsvertrag eingelöst und eine rechtssichere Gesamtlärmbetrachtung noch in dieser Wahlperiode kommt. Der Passus im Koalitionsvertrag ist auf unseren Druck gegen die Union aufgenommen worden. Wenn dies vor dem Planfeststellungsbeschluss zur Hinterlandanbindung geschieht, gilt die Gesamtlärmbetrachtung auch für Ostholstein. Wenn es aber eine solche rechtssichere Regelung gibt, gibt es auch einen Rechtsanspruch auf Lärmschutz nach der Gesamtlärmbetrachtung und somit sind keine übergesetzlichen Mittel notwendig. Wenn Lärmschutz auf Grundlage der Gesamtlärmbetrachtung mehr kosten würde als 50 Mio. Euro, wäre auch dies durch den gesetzlichen Anspruch abgedeckt. Wir hätten es uns einfach machen und die Kernforderung des Dialogforums ungeprüft übernehmen können. Nur hätte dann niemand diese 50 Mio. Euro ausgeben können, wir hätten also Erwartungen geschürt, die nicht sofort erfüllbar gewesen wären.*

*Die Kernforderung 3.2 des Dialogforums betrifft neben Bad Schwartau auch Sierksdorf. Der Bund übernimmt hier von insgesamt 24 Mio. Euro eine Mio. Euro. Denn im Detail geht es hier um zwei unterschiedliche Forderungen: Erstens eine Troglösung in Sierksdorf selbst für die genannte eine Mio. Euro, diese Maßnahme finanzieren wir mit einer Mio. Euro voll. Zweitens eine einseitige Steilwandlösung im Bereich Roge für 23 Mio. Euro. Für den Bereich Roge werden aber bereits in der Vorzugsvariante alle Schutzfälle gelöst. Die Begründung für diese Forderung ist, dass dadurch die Änderung des Landschaftsbildes geringer ausfällt. Das können wir durchaus nachvollziehen. Wir sehen hier aber das Land Schleswig-Holstein in der Finanzierungsverantwortung.*

*Die Kernforderung 4.1 – Übernahme von kommunalen Anteilen an Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen – wurde 2019 aufgestellt. Im Januar 2020 haben wir im Deutschen Bundestag ein Gesetz verabschiedet, das unter anderem Kommunen von den Kosten nach § 13 EKrG vollständig befreit. Die in Kernforderung 4.1 geforderten 4 Millionen Euro werden von Bund und Land bereits auf Grundlage des Planungsbeschleunigungsgesetzes 2020 übernommen und sind daher voll erfüllt.*

*Die Kernforderung 4.2 wird fast vollständig erfüllt, indem das Land Schleswig-Holstein zugesagt hat 85 Prozent der 42,22 Mio. Euro zu übernehmen und der Bund zusätzliche 5 Millionen Euro bereitstellt.*

*Abschließend nochmals zusammengefasst:*

- Die Maßnahme Vollschutz wird mit 100 Millionen Euro für Lärmschutz an der Neubaustrecke nahezu komplett erfüllt.*
- Die Maßnahme Bestandslärmschutz und die Kernforderung Erschütterungsschutz werden mit 34,8 Millionen Euro und 26,2 Millionen Euro vollständig unterstützt.*
- Die Kernforderung Trassenverlauf wird mit 51 Millionen Euro für Tröge in Bad Schwartau und Sierksdorf umfangreich unterstützt und die Ortsumfahrung Ratekau wird mit 10 Millionen Euro vollumfänglich finanziert.*
- Die Kernforderung Fehmarnsundquerung wird mit dem Absenktunnel in der*

*Vorzugsvariante und zusätzlichen 5 Millionen Euro für Lärmschutz an der neuen Fehmarnsundquerung komplett erfüllt.*

*Von den Kernforderungen des Dialogforums erfüllt unser Antrag also tatsächlich den größten Teil. Damit haben wir erreicht, dass die Menschen geschützt werden und die Grundlagen für den Tourismus erhalten bleiben. Dass ohne eine gesetzliche Grundlage fast eine Viertelmilliarde Euro vor allem in zusätzlichen Lärm- und Erschütterungsschutz fließen, ist wirklich keine Selbstverständlichkeit und auch keine Nebensächlichkeit, sondern musste im parlamentarischen Raum in harten Verhandlungen erkämpft werden. Wir sehen dies als ein Beispiel für gelungene Beteiligung. Denn ohne die mehrjährige, kompetente und konstruktive Vorarbeit des Dialogforums, des Projektbeirats und der Runden Tische wäre vermutlich in allen Punkten die Vorzugsvariante umgesetzt worden.*

*Wir hoffen, dass Sie den Antrag von SPD und CDU/CSU mit diesen Informationen positiver bewerten als auf Grundlage der Ihnen aus anderen Quellen zugegangenen Bewertungen.*

*In der Anlage finden Sie zur weiteren Information die Kostenaufstellung des Dialogforums sowie den Entschließungsantrag von SPD und Union.*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Kirsten Lühmann, MdB  
Verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion*

*Mathias Stein, MdB  
Zuständiger Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion*